

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorzschüssen ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Victoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Zilverband Bochum.

Armut der Nation?

Spricht der Steiger zu dem Strossenbolze,
 Der da träge hockt auf dem Holze:
 „Munter, munter, rühre deine Knochen,
 In dem ganzen Flöße wird gebrochen. —
 Kannst den Leuten schon die Botschaft bringen,
 Daß sie fleißiger die Keilhau' schwingen —
 Geh vor Ort und Weiser — sag es allen:
 Kohlen, Kohlen müssen mehr noch fallen!“
 Und so rennt er weiter durch die Strecken,
 Auf der Jagd, die Arbeitsmut zu wecken
 Und, damit ihm besser dies gelinge,
 Bricht den Häuern ab er am Gebirge. —
 Ja, fürwahr, er ist ein guter Geiger,
 Dieser junge schneidigkarsche Steiger,
 Flott und led spielt er sein Kohlenlied
 Auf der gellen Dividendenfiedel. —
 Ihm vor allen andern wirts gelingen
 Auf das Höchste seinen „Soll“ zu bringen,
 Denn die Geißel „Not“ läßt er brav knallen —
 Kohlen, Kohlen müssen mehr noch fallen!

Mit diesen Zeilen bitteren Spottes geißelte schon vor dem Kriege Heinrich Kämpchen das Antreibesystem in den Gruben. Inzwischen sind mehr als zwanzig Jahre verfloßen. Aber auch heute noch werden diese Spottverse als traurige Wahrheit empfunden. Ob im Ruhrrevier, im Saargebiet, in Schlefien oder Sachsen, überall, wo die Schachttürme emporragen, werden die Kumpels diese Worte von Kämpchen zeitgemäß und sehr zutreffend finden.

„Kohlen, Kohlen müssen mehr noch fallen!“ Das ist nicht nur die Parole des jungen Steigers, das ist die Devise aller Zechenherren geworden. Die Jagd nach dem „Soll“ und nach Höchstleistungen hat sich besonders in den letzten Jahren zu einem selbstverständlichen System entwickelt. Das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft hat eben seine eigenen Geheße und seinen eigenen Gang. Sicherlich läßt mancher gesinnungs-schwache Steiger — um mit Kämpchen zu sprechen — auch heute noch willkürlich die „Geißel der Not brav knallen“. Aber darüber hinaus hat die privatkapitalistische Entwicklung zu einer Hatzjagd geführt, die aufzuhalten oder zu ändern gar nicht mehr in dem Willen eines einzelnen liegt. Sogar ganze Betriebe und Unternehmen werden durch den kapitalistischen Prozeß vor die Alternative gestellt, entweder das Tempo mitzumachen oder in die Gefahr zu geraten, rückwärtslos zermalmt zu werden. Es ist deshalb gleichgültig, ob ein Unternehmer katholisch oder evangelisch, ob er fromm oder ungläubig ist: das Fehltempo auf den Zechen ist, von einigen graduellen Unterschieden abgesehen, überall das gleiche. Sogar die staatlichen Zechen können sich diesem Kampfe aller gegen alle nicht entziehen, um so weniger, weil der Einfluß der Arbeiterschaft bei weitem nicht so ist, wie er sein müßte. Es ist deshalb auch selbstverständlich, daß die

unerhörte Kohlenjagd

auch bestimmte allgemeine Folgewirkungen auslöst. Um hierfür nur ein Beispiel zu erwähnen, sei daher im folgenden noch einmal auf die Entwicklung des Förderquantums je Mann und Schicht verwiesen. Der Schichtförderanteil, also der Leistungseffekt pro Mann und Schicht betrug:

	1924 (Jahresdurchschnitt)	1932 (Juni)
Ruhrgebiet	860 Kg.	1622 Kg.
Oberschlesien	933 Kg.	1662 Kg.
Niederschlesien	556 Kg.	935 Kg.
Wachen	611 Kg.	1129 Kg.
Sachsen	471 Kg.	765 Kg.

Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß der Schichtförderanteil seit 1924 gewaltig gestiegen ist. Er hat sich in allen Revieren nahezu verdoppelt. Wenn die Entwicklung so weiter geht, dann haben wir sehr bald zu verzeichnen, daß auf einen Bergmann die gleiche Leistungsmenge entfällt wie auf zwei Kumpels im Jahre 1924. Wie die Ziffern zeigen, haben wir bereits heute diesen Zustand annähernd erreicht. Diese gewaltige Vermehrung des Schichtförderanteils konnte natürlich nicht allein durch ein gesteigertes Arbeitstempo und eine verstärkte Anspannung der menschlichen Arbeitskräfte erzielt werden. Im engsten Zusammenhang mit der Steigerung des Schichtförderanteils stehen vor allem die gesamten Rationalisierungsmaßnahmen, die im einzelnen hier nicht angeführt werden können. Ganz unabhängig von der Frage, inwieweit durch die technischen Faktoren bzw. durch eine größere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft die Leistungssteigerung veranlaßt worden ist, bleibt jedoch die eindeutige Tatsache, daß

die Produktivität im Bergbau gewaltig gestiegen ist.

Kohlen, Kohlen fallen mehr als benötigt werden! Riesige Halbenbestände, Millionen unverkaufte Tonnen zeigen, daß die Welt im Kohlenreichtum erstickt. Trotzdem geht die Jagd weiter. Während an einzelnen Tagen in der Woche, an den Feiertagen, die Anlagen ruhen, wird an den übrigen Tagen in einem furchtlichen Hestempo gearbeitet oder besser gesagt: geschuftet! Aber das ist nicht der größte Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Weit wichtiger ist die Tatsache, daß je mehr die Leistungsergebnisse steigen und wirtschaftliche Rekordleistungen erzielt werden, die Not in den Bergbaurevieren größer und größer wird. Nicht weniger als

300 000 arbeitslose Bergarbeiter suchen eine Arbeitsstelle und warten mit Schmerzen auf den Zeitpunkt, wo die Halbenbestände wieder einmal verschwinden.

Aber selbst wenn dies in absehbarer Zeit möglich wäre, werden viele vergeblich auf eine Wiedereinstellung warten, weil ja, wie dargelegt, auf einen Bergmann heute annähernd die doppelte Leistungsmenge wie vor einigen Jahren entfällt. Neben einem wirtschaftlichen Umschwung wird daher nur eine grundlegende Verkürzung der Arbeitszeit die notwendigen Arbeitsplätze freimachen können. Trotzdem haben die Unternehmer des Steinkohlenbergbaues bisher jegliche Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. Sowohl bei den internationalen Verhandlungen wie auch bei den Bestrebungen, die bergbauliche Arbeitszeit tariflich oder gesetzlich zu verkürzen bzw. neu zu ordnen, haben sie sich jeder Veränderung widersetzt. Ihnen zur Seite standen die Regierungsvertreter, die gleichfalls glaubten, dem Unternehmerstandpunkt Rechnung tragen zu müssen. Bis jetzt haben die Regierungen der größten europäischen Kohlenländer nicht einmal das Genfer Abkommen, das die bergbauliche Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden begrenzt, ratifiziert. Dieses wirtschaftspolitische Unvermögen wird und muß sich rächen. Mit Fug und Recht hat auf der letzten Reichskonferenz unseres Verbandes Kamerad Husemann auf die Bergarbeiterstreiks in Belgien, Polen und der Tschechoslowakei hingewiesen, die nur allzu charakteristisch für die

Gewitterstimmung

sind, die gegenwärtig in den Bergbaugruben herrscht. Nicht zu Unrecht! Denn abgesehen von der trostlosen Lage der arbeitslosen Bergarbeiter haben auch die noch Beschäftigten unter einer

Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl. Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.

Karl Marx.

furchtbaren Misere zu leiden. Antreibesystem, Hestempo und Höchstleistungen einerseits und eine notdürftige Lebenshaltung andererseits, das sind die beiden Pole, zwischen denen sich das bergmännische Leben heute bewegt.

Der Rückgang des Gesamteinkommens im deutschen Kohlenbergbau von 100 Mill. M. im Monatsdurchschnitt von 1929 auf 40 Mill. M. in diesem Jahre spricht Bände. Trotz dieser Einkommensminderung um 60 Proz. verlangten die Unternehmer des Ruhrbergbaues erneut einen zwölfsprozentigen Lohnabbau. Die von den Nazis in den Sattel gehobene Papen-Regierung steht weiteren Lohnabbauplänen nicht ablehnend gegenüber. Sie sieht befremdlich nach ihren eigenen Erklärungen ihre Aufgabe darin, die Lebenshaltung an die „Armut der Nation“ anzupassen. Daß die Armut der Nation nicht tatsächlich, sondern nur durch das

privatkapitalistische Unvermögen

gegeben ist, scheinen die Regierungsmänner von Hitlers Gnaden nicht zu wissen. Oder glaubt man wirklich, einem Bergmann, auf den heute die doppelte Leistungsmenge wie im Jahre 1924 entfällt, plausibel machen zu können, daß mit der wachsenden Produktivität des Bergbaues die Bergarbeiter gleichzeitig sozial verelenden müssen? Glaubt man wirklich, daß je mehr die Halbenbestände und die wirtschaftlichen Reichtümer wachsen, auch die Not in den Bergbaugruben wachsen müsse? Sieht man nicht den grotesken Widerspruch, der darin liegt, daß je mehr die Leistungsergebnisse steigen, die Bergarbeiter wirtschaftlich verarmen? Verarmen aus dem einfachen Grunde, weil die kapitalistische Wirtschaft in ihrem eigenen Reichtum erstickt.

Wirtschaftliche Vernunftgründe und die bedrohten Lebensinteressen der Bergarbeiter gebieten deshalb ganz eindeutig, daß mit der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung im Bergbau Schluß gemacht werden muß! Der Privatkapitalismus im Bergbau hat einen erschütternden Beweis dafür erbracht, daß er nicht in der Lage ist, dem schwer schuftenden Bergmann einen menschenwürdigen Lebensstandard zu garantieren. Der Bergbau muß deshalb Eigentum der Nation und die Produktion einer gemeinwirtschaftlichen Regelung unterworfen werden.

Die Papen-Regierung, die auf dem Rücken der Nazis in ihr Amt geklettert ist (also sprach Göbbels!), steuert gegenwärtig allerdinge den entgegengesetzten Kurs. Die großindustriellen und großagrarischen Drahtzieher haben die Brüning-Regierung nicht deshalb gestürzt, damit Papen der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit zum Siege verhelfen soll. Nein — Rettung des bankrotten Privatwirtschaftsgedankens durch Anpassung an die „Armut der Nation“, das ist die Mission dieser Regierung. Die Anpassung an die „Armut der Nation“ erfolgt natürlich nur bei den unteren Volksschichten. Für die besitzenden Kreise hat die Papen-Regierung Milliardenbeschenke zur Verfügung, wie ihre Notverordnungen beweisen. Insofern haben sich auch die Millionengeschenke des Großkapitals zur Hochachtung der Nazibewegung reichlich gelohnt.

Am 6. November hat das deutsche Volk, das in seiner Mehrheit aus Arbeitnehmern besteht, erneut darüber zu entscheiden, ob es mit der kapitalistischen und reaktionären Kursrichtung einverstanden ist oder ob der sozialistische Aufbauwille siegt. Die sozialistischen Baupläne sind fertig! Sowohl das wirtschaftliche Umbauprogramm des ADGB, als auch die Sozialisierungsanträge der SPD, zeigen die Marschrichtung der Arbeiterschaft. Sorgen wir deshalb dafür, daß am 6. November die politische Vernunft und der sozialistische Kampfeswille über die kapitalistische Mißwirtschaft und reaktionären Machenschaften siegt.

Darüber hinaus aber gilt es, mit aller Kraft die Gewerkschaftsfront und unseren Verband zu stärken, denn in dem Stellungskrieg, der der politischen Entscheidungsschlacht vom 6. November folgt, werden die gewerkschaftlichen Bataillone die entscheidenden Kampftruppen sein und bleiben!

Gespräch über Zeitfragen.

„Man liest jetzt soviel über Kontingentierung im Warenhandel. Was versteht man eigentlich darunter?“

„Nun, Kontingent kann man vielleicht verdeutschen durch Anteil. Kontingentieren heißt deshalb soviel als den Anteil bestimmen, der auf den einzelnen entfällt. Die Kontingentierung im Warenhandel, von der man jetzt soviel spricht, beherrschet unseren Außenhandel, besonders den Handel des Auslandes mit landwirtschaftlichen Produkten, also bäuerlichen Erzeugnissen. Hier soll das Ausland nicht mehr soviel Produkte nach Deutschland verkaufen können wie es will oder wie es dafür Abnehmer bei uns findet, sondern es soll für jedes Land im voraus festgesetzt werden, wieviel es von jeder Sorte landwirtschaftlicher Waren nach Deutschland liefern darf und kann.“

„Was soll denn damit bezweckt werden?“

„Man will die deutsche Landwirtschaft auf diese Weise wieder heben.“

„Wie denkt man sich das?“

„Nun, man weiß ja ungefähr, wieviel bäuerliche Erzeugnisse das Volk im Jahre verzehrt. Ebenso weiß man ungefähr, wieviel die deutsche Landwirtschaft selbst an notwendigen Produkten erzeugt. Stellt man den Bedarf, also den wahrscheinlichen Verzehr, der wahrscheinlichen Erzeugung gegenüber, dann weiß man sofort, ob man im eigenen Lande Ueberfluß oder Mangel an bäuerlichen Erzeugnissen haben wird.“

„Ich denke, die Sache ist bei uns geklärt. Wir haben doch immer am eigenen Erzeugnis zu wenig. Das hat besonders der Weltkrieg gelehrt, als wir vom Auslande abgeschlossen waren.“

„Sehr richtig! Wir haben immer zumeist an eigenen Produkten. Wir führen ja auch deshalb alljährlich ungeheure Mengen bäuerliche Erzeugnisse aus dem Auslande ein. Aber weil die ausländischen Produkte billiger sind als unsere, deshalb werden mehr davon eingeführt, als wir eigentlich brauchen.“

„Aha — ich verstehe. Und dann bleiben eben deutsche Produkte beim Landwirt liegen, weil sie niemand kaufen will, solange er billiger Auslandsprodukte bekommt.“

„So ist es. Dem soll jetzt abgeholfen werden dadurch, daß nicht mehr Auslandsprodukte nach Deutschland hereinkommen dürfen, als wir über die eigenen Vorräte hinaus haben müssen.“

„Ja — ist denn das nicht vernünftig?“

„Vom Standpunkte einiger Großgrundbesitzer aus gesehen, ja wohl. Aber das Volk in seiner Gesamtheit leidet großen Schaden dabei.“

„Ich sehe das nicht recht ein.“

„Dann überlege einmal folgendes: Solange das Ausland billige Produkte nach Deutschland bringt, solange muß auch der deutsche Großgrundbesitzer seine Ware billig verkaufen, wenn er sie los werden will. Den Vorteil davon hat das Volk, was ja sofort klar sein muß.“

„Aha — und wenn jetzt das Ausland nicht mehr liefern kann soviel es möchte, dann müssen wir die deutschen Produkte kaufen, auch wenn sie im Preise in die Höhe gehen, weil ja keine anderen billigeren Waren zu haben sind.“

„Jetzt hast du es richtig verstanden. Die Lebenshaltung wird also dem Volke mit der Kontingentierungspolitik verteuert. Das heißt für die Praxis, daß die breite Masse mal wieder den Leibriemen enger schnallen muß, denn wenn die Waren teurer werden, kann sie eben weniger kaufen als bisher.“

„Das leuchtet eigentlich ein. Und deshalb sind wir auch Gegner dieser Politik — nicht wahr?“

„Nicht nur deshalb. Diese Politik hat noch andere Auswirkungen, an die man im ersten Augenblick nicht denkt.“

„So — was ist denn da noch dahinter?“

„Nun, hier spricht ja das Ausland auch noch ein Wort mit.“

„Ich denke, das kann doch uns keine Vorstrafen machen, ob wir von ihm Waren kaufen und wieviel wir kaufen müssen.“

„Das wohl weniger. Aber das Ausland kann darüber bestimmen, wieviel Waren es von uns, also von Deutschland kauft.“

„Ich denke, wir haben zuwenig Produkte und brauchen doch deshalb nichts ins Ausland zu verkaufen.“

„Das gilt nur für bäuerliche Produkte. Bei Industrieerzeugnissen ist das anders. Denke einmal an Ma-

Neunte Ausschusssitzung des ADGB

Am 7. Oktober trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen. Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober 1932 für den Abwehmkampf der Arbeiterklasse gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stärksten und vollsten rechtlichen Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des Weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

den, zulezt im Frühjahr um rund 9 Prozent. Der Durchschnittslohn je Woche für Gedingearbeiter in Nordfrankreich ist 30 bis 35 M., in Südfrankreich ist er wesentlich geringer. Im Gebiet der Loire hat man Wochenlöhne von 24 M. Trotzdem stehen die Löhne gegenüber der Vorkriegszeit noch verhältnismäßig hoch, aber die Lebenshaltung ist auch ganz beträchtlich gestiegen. Vor allen Dingen haben sich die Ausgaben für Wohnungsreparaturen, für die der Unternehmer einen besonderen Betrag in Abzug bringt, sowie die Sozialabgaben wesentlich erhöht. Die Gesamtlebenslage der Bergarbeiter soll sich nach Angaben der Bergarbeiter und der Organisationsvertreter verschlechtert haben.

Das Antriebsystem

hat im französischen Bergbau Formen angenommen, worüber sehr geklagt wird. Abwähschleppmaschinen, Schüttelrutschen sind ebenso wie im deutschen Bergbau in erheblichem Maße eingeführt worden. Selbst die Gedingearbeiter haben Wesensverwandtschaft mit den Gedingearbeitern des deutschen Bergbaues.

Die Organisationsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Besonders sind es die zugewanderten Bergarbeiter, die schwer für den Gedanken der Organisation zu gewinnen sind, und sie erschweren somit den Kampf des sozialen Aufstiegs. Im französischen Bergbau kämpft man noch um Einrichtungen, die der deutsche Bergmann für ganz selbstverständlich hält. Neben dem Heer der Indifferenten hat der französische Bergarbeiterverband auch einen schweren Kampf gegen die kommunistischen Zersplitterer auszufechten. Verleumdung der Führer ist dort wie hier die einzige Tätigkeit der Revolutionäre. Der Kongreß, der im allgemeinen einen sehr einmütigen und entschlossenen Eindruck machte, ging beispielsweise am dritten Sitzungstage dazu über, auf Antrag eines Delegierten den Berichterstatter der kommunistischen Zeitung „humanité“ wegen lügenhafter Berichterstattung aus dem Tagungslokal zu verweisen. Nur fünf Stimmen wandten sich dagegen, und der als Lügner Gebrandmarkt mußte zum Gaudium der Delegierten und anwesenden Gäste das Lokal verlassen.

Spanische Republik und Industriekapital.

Auch bei uns muß es anders werden.

Die junge spanische Republik räumt auf! Sie will die Macht der Großbanken brechen. Die Großbanken sind nämlich viel an der heutigen Krise schuld. Das ist bei uns in Deutschland ebenso wie in Spanien. Die Großbanken haben mit ihrem Geld sich die Industrie untertan gemacht. Sie haben viel Schuld an der Fehlinvestierung, weil sie der Industrie das Geld für Neubauten und Rationalisierung ausdrängten. Durch solche Politik wird die Industrie schließlich von den Banken abhängig.

Das hat zur Folge, daß die Bankiers auch die Wirtschaft und den Arbeitsplatz zu einem Mittel der Spekulation machen. Die Kosten und alle Verluste bei solcher Spekulation zahlt dann der Arbeiter. Hier greift die spanische Republik zu. Sie hat jetzt eine Verfügung erlassen, derzufolge der Leiter einer Bank nicht an der Leitung der Eisenbahn beteiligt werden darf. Dieser Grundsatz soll auch auf alle anderen Großunternehmer ausgedehnt werden. Die Regierung beabsichtigt nämlich die Verstaatlichung der spanischen Wirtschaft. Sie will deshalb jetzt schon den Einfluß der Großbankiers auf die Großunternehmen brechen, damit die Verstaatlichung leichter vor sich gehen kann.

Diese Politik der Spanier ist nur zu begrüßen. Auch wir in Deutschland müssen auf diesem Wege vorwärts. Die Sozialdemokratie hat bei uns ja auch schon ähnliche Anträge dem Reichstag vorgelegt. Es wird darin nicht nur Verstaatlichung der Großindustrie, sondern auch des Großgrundbesitzes und der Großbanken gefordert. Ob die Anträge durchgehen, hängt natürlich davon ab, ob die Sozialdemokratie bei der nächsten Reichstagswahl auch stark genug wird, um die anderen Parteien dazu zu bringen. Hoffen wir das beste!

schienen, Handwerkszeug, Farben und besonders auch, was ja uns berührt: an Kohlen.“

„Ach so — du meinst, daß, wenn wir dem Auslande die bäuerlichen Produkte kontingentieren, das Ausland daselbe uns gegenüber, mit unserer industriellen Produktion macht?“

„Mit dieser Gefahr ist durchaus zu rechnen. Schon heute kommen diesbezügliche Meldungen hierüber über die Grenze. Die Agrarländer — die ja für den Bezug deutscher Industriewaren eine große Rolle spielen — wehren sich gegen unsere Kontingentierungspolitik auf landwirtschaftlichem Gebiete und drängen auf Abwehr durch Wegdruck auf unseren industriellen Warenmarkt.“

„Ich sehe allmählich klar. Was man für die landwirtschaftliche Produktion glaubt gutmachen zu können durch Kontingentierung der Einfuhr bäuerlicher Erzeugnisse, das droht sofort verlorenzugehen durch eine vom Auslande her drohende Abdröselung unserer Ausfuhr von industriellen Erzeugnissen.“

„So ist es. Das Ende vom Liede könnte also sein, daß wir durch die Kontingentierungspolitik im Außenhandel mit bäuerlichen Erzeugnissen einmal eine Verteuerung unseres Lebensunterhaltes zu verbuchen haben, während zum andern durch die aus dieser Politik drohende Abdröselung unserer Ausfuhr von Industrieprodukten eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit unter den Industriearbeitern droht.“

„Dann wäre die Sache ja noch viel schlimmer als vorher.“

„Natürlich! Das wäre nämlich eine doppelte Kaufkraftschmälerung. Es könnten weniger Waren gekauft werden einmal wegen der Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte und zum andern, weil viele Industriearbeiter statt Lohn nur Unterstützung bekämen und damit auch weniger Waren kaufen könnten. Statt Wirtschaftsbelebung droht also am Schlusse eine weitere Verschlechterung.“

„Aber warum macht denn die Regierung diese Politik, obwohl das Volk darunter zu leiden haben wird?“

„Weil die heutige Regierung aus Vertretern der Junkerlaste besteht, also besonders des Großgrundbesitzes, und in erster Linie für diese Politik macht. Vorteil von der Kontingentierung der Einfuhr bäuerlicher Produktion haben nämlich nur ein paar Duzend Großgrundbesitzer. Wenn das Volk sich das nicht gefallen lassen will, dann muß es jetzt dafür sorgen, daß deren Vertreter aus der Regierung hinausfliegen und dort wieder wirkliche Volksvertreter einziehen. Am 6. November ist Gelegenheit hierzu. Es gilt dann die Parteien zu schlagen, die dieser Regierung den Weg freigemacht haben. An erster Stelle ist das die Partei der Nationalsozialisten, aber auch der Kommunisten, weil die letzteren das Volk irreführt haben durch ihre Lehre, daß es gleich sei, ob Junker oder demokratische Politiker regieren. Und weil das Volk darauf hereinfiel, hat es jetzt den Salat. Sorgen wir dafür, daß diesen beiden Hauptschuldnern am 6. November die richtige Quittung erteilt wird.“

Der deutsche Bergarbeiter schwer bedroht durch die Agrarpolitik der Regierung.

Die Regierung Papen hat sich die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten zu eigen gemacht, die auf dem Autarkiegedanken beruht. Das heißt, die Papen-Regierung hat der Forderung der Hitlerpartei auf Loslösung der deutschen Wirtschaft aus der Weltwirtschaft nachgegeben.

Am besten ist das erwiesen durch die Agrarpolitik der Regierung. Sie will die Einfuhr bäuerlicher Erzeugnisse kontingentieren und nur noch erlauben, bestimmte Mengen davon nach Deutschland einzuführen. Dagegen wenden sich die auf dem deutschen Agrarland. Dieselben drohen, falls Deutschland nicht ihre landwirtschaftlichen Produkte nehmen will, auch von Deutschland keine Industrieprodukte mehr nehmen zu wollen. Das würde natürlich auch die Bergarbeiter schwer treffen, da das Ausland bisher eine große Menge Kohlen von Deutschland bezog. Würde dieser Bezug jetzt eingeschränkt, dann hieße das für viele Bergarbeiter Arbeitslosigkeit und Steigerung der Kurzarbeit.

Auch von Holland wird gemeldet, daß man sich dort gegen die Maßnahmen der Regierung wehrt und jetzt als erstes eine Neuregelung des Kohlenbezuges von Deutschland fordert und nur noch kleinere, genau festzusetzende Mengen nehmen will, da Deutschland daselbe auch gegenüber holländischen Agrarprodukten mache. Zu wessen Nachteil sich das auswirken müßte, wenn Holland nach diesem Prinzip allgemein handelt, dürfte jedem sofort klar sein, wenn man erwägt, daß Holland von Deutschland im Jahre 1931 für 955 Mill. M. Waren kaufte, während Deutschland für nur 384 Mill. M. Waren bezog. Die Gefahr, daß Holland wirklich zu Abwehrmaßnahmen genannter Art greift, besonders auf dem Gebiete des Kohlenhandels, ist sehr groß, da der holländische Bergbau schon sowieso unter schwerem Druck steht. Von Interesse dürfte hierzu eine Meldung des „Berliner Tageblatts“ sein, die folgendes sagt:

„Zwischen Persönlichkeiten der niederländischen Regierung sowie Vertretern des niederländischen Bergbaues, des Kohlenhandels, der Handelskammer, der Reedereien sowie der Gemeindevorstellungen fanden in Haag Besprechungen über die Bestrebungen zur Kohleneinfuhrkontingentierung statt. Nicht weniger als 34 von insgesamt 85 Teilnehmern traten als Wortführer auf. Für den niederländischen Bergbau sprach Dr. Frowein, der Direktor der Staatszechen.

Er erklärte, die Lage des niederländischen Bergbaues sei derzeit verzweifelt, daß die Regierung unverzüglich Hilfsmaß-

nahmen durchführen müsse. Der niederländische Bergbau übernehme Garantien dafür, daß bei eventueller Kohleneinfuhrkontingentierung die Inlandskohlenpreise nicht steigen würden. Voraussetzung hierfür sei natürlich, daß die anormalen Dumpingpreise der Preisgestaltung nicht zugrunde gelegt werden dürfen. Die Kohlenhändler sprachen sich sehr scharf gegen die Kontingentierungspläne aus.

Der Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats in den Niederlanden wandte sich mit dem Direktor der „Steinkohlenvereinigung“ ebenfalls in entschiedenster Weise gegen die Kontingentierungspläne. Sie fanden hierbei die volle Unterstützung der Amsterdamer Industrie- und Handelskammer. Die Gewerkschaften forderten dagegen Beschränkungen der Kohleneinfuhr. Im allgemeinen scheinen sich die Kleinindustriellen angesichts der ihnen in Aussicht gestellten Sicherheiten wegen der Kohlenpreiserhöhung mit gewissen zeitlichen Kontingentierungsmaßnahmen einverstanden zu erklären. Die von der Regierung bestellte Gutachterkommission wird einen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen ausarbeiten und ihn dem Ministerium vorlegen.

Nach französischen Zeitungsmeldungen soll auch ein holländischer Regierungsvertreter gegenwärtig in Berlin Verhandlungen wegen der geplanten deutschen Kontingentierungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse führen. Auf holländischer Seite würden sehr scharfe Repressalien erwogen für den Fall, daß eine Verständigung nicht erzielt werden könnte. Und zwar denkt man daran, die im holländischen Staatsbergbau beschäftigten deutschen Arbeiter zu entlassen und durch belgische und polnische Arbeitskräfte zu ersetzen. Von zuständiger Stelle wird uns hierzu erklärt, daß Verhandlungen über die Agrarkontingente in Berlin nicht stattfänden.

Soweit das „Berliner Tageblatt“. Was hier die zuständige Stelle erklärt, ist zur Beurteilung der großen Gefahren, die hier als Folge der jetzigen staatlichen Wirtschaftspolitik im Hintergrund auftauchen, völlig belanglos, ebenso, ob solche befragte direkte Verhandlungen tatsächlich stattfanden oder nicht. Sozial ist und bleibt sicher, daß in dieser Zeit, in der der Warenaustausch mit fremden Ländern in allen Staaten zur Debatte steht, die Maßnahmen der deutschen Regierung auf Grund des Naziwirtschaftsprogramms alle die Strömungen aufs äußerste begünstigt, die in den anderen Ländern sich die deutsche Kohle vom Hals halten wollen. Die diesbezüglichen Verhandlungen in Holland selbst sprechen hierfür eine zu deutliche Sprache. Aber der Kumpel mag sehen, wo er bleibt, die Hauptsache scheint zu sein, daß die Nazi-Gründbesitzer ihren Vorteil einstecken können!

Kongreß der französischen Bergarbeiter.

Der diesjährige Nationale Kongreß der französischen Bergarbeiter fand am 24. September und folgende Tage in Decazeville (Südfrankreich) statt. Decazeville liegt im Departement Aveyron und zählt ungefähr 15 000 Einwohner, die fast reiflos im Bergbau und in der Metallindustrie Beschäftigung finden. Der Bergbau erfaßt etwa 6000 Beschäftigte, darunter 150 bis 200 Frauen; die Metallindustrie erfaßt etwa 2000 Personen.

Die Natur Schönheit von Decazeville und Umgegend bildet zu der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Bevölkerung einen schrillen Kontrast. Das drückt sich besonders in den Wohnungsverhältnissen aus. Der Hauerlohn beträgt 28,50 Fr., nach deutschem Gelde 4,50 M. Die Gedingearbeiter kommen zu einem Lohn von 33 bis 35 Fr. = 5,30 M. bis 5,60 M. je Schicht. Dagegen sind die Lebensmittel durchaus nicht billig. Das Fleisch kostet 5 bis 7 Fr., das Kilo Brot, das als Hauptnahrungsmittel der Franzosen gilt, 2 bis 2,50 Fr. Nur die Wohnungsmiete ist sehr gering. Sie beträgt 50 Fr. je Monat für drei Zimmer. Man darf jedoch nicht glauben, daß es Wohnungen sind, wie sie der deutsche Arbeiter kennt. Buchstäblich genommen sind es nur Ställe. Die Feder sträubt sich, um eine Schilderung zu geben. Um einen Einblick zu bekommen, lese man den Roman „Germinal“ von Emile Zola. Seine Schilderungen treffen vollinhaltlich zu und es erweckt den Eindruck, als habe Zola das Material für seinen Roman in Decazeville gesammelt.

Der Kongreß selbst stand im

Zeichen der Wirtschaftskrise,

von der auch Frankreich im letzten Jahre stark erfaßt wurde, und die immer schärfere Formen annimmt. Von dieser Situation wurde die Tagesordnung und auch die Stimmung des Kongresses beeinflusst. Der wichtigste Punkt, über den man länger und eingehend debattierte, war die Schaffung eines staatlichen Kohlenamtes, das die Produktion, den Absatz, die Einfuhr und die Preisgestaltung für ganz Frankreich regeln soll. Außer-

dem wurde über die Arbeitszeit und über die Einführung von Betriebsräten lebhaft diskutiert.

Aus der Verhandlung waren folgende interessante Tatsachen zu ersehen:

Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter im französischen Bergbau betrug 1930 noch 300 000. Es sind jetzt noch ungefähr 255 bis 260 000 Mann beschäftigt. Der größte Teil davon entfällt auf Nordfrankreich, wo 60 Prozent in Arbeit stehen. Trotz des Abbaues der Belegschaft von mehr als 10 Proz. mußten auch Feiertage eingelegt werden. Es entfielen auf den Kopf der Belegschaft im Monat 6 Feiertage. Diese verteilen sich nicht regelmäßig auf alle Bergreviere. In den meisten Revieren wird zweimal, in wenigen nur einmal in der Woche gefeiert. Die Zahl der erwerbslosen Bergarbeiter ist allerdings sehr gering. Das erklärt sich aus folgender Tatsache:

Im französischen Bergbau finden sehr viele Ausländer Beschäftigung. Polen und Tschechen stellen einen großen Teil. Das Volksgemisch, wie wir es in der Vorkriegszeit im Ruhrgebiet kannten, hat sich nach Frankreich und vorwiegend nach Nordfrankreich verschoben. Bei den zunehmenden Entlassungen greift man zuerst auf die Ausländer zurück, die dann gezwungen sind, weil die französischen Behörden ihre Arbeitslaubnis nicht erneuern, Frankreich zu verlassen. Einige Bergwerksgesellschaften Nordfrankreichs sind den Leuten so weit entgegengekommen und haben denen, die wieder zurück in ihre Heimat wollten, die Ueberführungskosten erstattet. Man schätzt die Zahl der nach Polen zurückgekehrten Arbeiter auf über 5000.

Mit den

Lohnabbaumaßnahmen

ist im französischen Bergbau ebenfalls nicht geögert worden. Dort wie hier glauben die Unternehmer der Krise durch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung Herr zu werden. Seit Einsetzen der Krise sind die Löhne schon mehrmals gesenkt wor-

Geschäftsbericht des Stahlvereins.

Reford-Tiefstand der Produktion und des Umsatzes.

Als Vorläufer des diesmal mit großer Spannung erwarteten Geschäftsabschlusses 1931-32 gibt die Stahlvereinsverwaltung bereits jetzt die vollständigen Umsatz- und Produktionsziffern für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr bekannt. Danach betrug der Umsatz 522,59 Mill. M. gegenüber 849,11 Mill. M. im Vorjahre. Auf das Inlandsgeschäft entfielen 319,33 (473,46) Mill. M. und auf den Export 203,26 (375,64) Mill. M. Die Umsatzziffern des Geschäftsjahres 1931-32 sind somit die niedrigsten seit Bestehen des Unternehmens; sie betragen nur wenig mehr als ein Drittel der Ziffern von 1926 bis 1929. Der starke Rückgang des Inlandsabzuges wird sich in erster Linie wertmäßig in der kommenden Bilanz ungünstig auswirken, da der lukrative Inlandspreis für Eisen und Eisenprodukte bekanntlich durch Zölle und Kartellbindungen gestützt wird, während das Auslandsgeschäft infolge der gedrückten Weltmarktpreise für die deutsche Industrie alles andere eher als eine Verdienstsache bietet.

Im Einklang mit dem starken Zusammenkrumpfen des Umsatzes haben auch die Produktionsziffern entsprechende Rückgänge erfahren. Diese haben sich wie folgt entwickelt (in Mill. To.):

	1931-32	1930-31	Kapazität 1926
Rohle	14,28	18,36	37,2
Rohs	3,87	5,67	—
Roh Eisen	2,99	3,28	9,2
Rohstahl	2,19	3,69	7,7

Der Rückgang der Produktionsmengen ist, im Durchschnitt genommen, um etwa 5 Prozent geringer gewesen als der Umsatzrückgang, woraus zu schließen ist, daß sich hier hauptsächlich der Rückgang der Erlöse auswirken dürfte. Wie gewaltig aber der derzeitige Verfall des Produktionsapparates vom Stahlverein ist, ergibt sich markant bei einer Gegenüberstellung der heutigen Produktionsziffern und der Produktionskapazität, wie man sie 1926 im ersten Börsenprospekt nannte. Die technische Leistungsfähigkeit hat sich aber im Laufe der Jahre durch den unter Aufwand von über 400 Mill. M. durchgeführten Rationalisierungsprozeß noch um ein beträchtliches erhöht. Es

liegt klar auf der Hand, daß die Nichtausnutzungsmöglichkeit eines derartig überindustrialisierten Produktionskolosses, der heute noch buchnäßig mit mehr als einer Milliarde Mark bewertet wird, bei den bisher vorgenommenen gänzlich unzulänglichen Abschreibungen einen dauernden Blutenzug der Kapitalreserven zur Folge hat. Hinzu treten noch die schweren sozialen Schäden, die in Auswirkung der Rationalisierungsmaßnahmen durch Belegschaftsabbau und Feierschichten entstanden sind.

Ungeheuerlich sind die Opfer, welche die Arbeitnehmerschaft allein durch den ständigen Rückgang der Belegschaftsziffer gebracht hat; nach dem Stande vom 30. Sep. d. J. ist die Beschäftigtenzahl des Stahlvereins auf 93 111 Mann zurückgegangen, während dieselbe im Jahre 1929 noch rund 192 000 Mann betrug.

An Hand des publizierten Ziffernmateriale lassen sich Rückschlüsse auf das materielle Bilanzergebnis leider noch nicht ziehen; zu diesem Zweck müßte man zumindest schon über die lagermäßigen Veränderungen orientiert sein. Ohne eine Prognosegabe zu begeben, kann man aber heute schon mit Sicherheit bei der angegebenen Entwicklung des Umsatzes voraussagen, daß diesmal

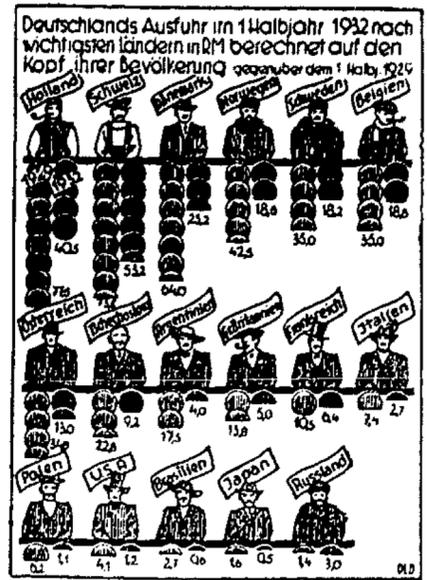
die Bilanz mit einem gewaltigen Verlust

abschließen wird. Die dringend notwendigen Abschreibungen werden nicht einmal zu einem Bruchteil verdient worden sein. Das Bilanzergebnis werden wir sofort nach Bekanntgabe einer eingehenden Besprechung und Kritik unterziehen.

Schon dieses vorläufige Ergebnis müßte der Leitung des Stahlvereins eine Warnung vor dem drohenden Verhängnis sein, was bei einer weiteren Verzögerung der Sanierung durch den unausbleiblichen finanziellen Zusammenbruch des Unternehmens mit Sicherheit zu erwarten ist. Der bekannte Optimismus unserer Großindustriellen in bezug auf die Montan-sanierungen ist jedenfalls nach Lage der Dinge durchaus nicht am Platze, und das Reich möge sich hüten, gleichfalls diesem falschen Optimismus zu huldigen, sofern es seine Mehrheitsbeteiligung am Stahlverein nicht gefährden will.

Wer in der Welt kauft noch deutsche Waren?

Wie nachstehendes Schaubild zeigt, gehört Holland zu den relativ besten Abnehmern deutscher Waren. Das trifft besonders auf den Rohhandel zu. So führte beispielsweise Holland im Jahre 1930 noch 6,3 Mill. To. und im letzten Jahre 5,9 Mill. To. an Steinkohlen ein. Außerdem bezog es beträchtliche Mengen



gen Britetts und Kots. Wenn das in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, weil die Holländer erwägen, die deutsche Kohleneinfuhr zu droffeln, dann verbanken wir das Agrarpolitik der Papen-Regierung. Um der deutschen Landwirtschaft neue Vorteile zu verschaffen, geht nämlich die Papen-Regierung dazu über, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu beschränken. Von diesen Maßnahmen wird auch Holland benachteiligt. Deshalb dort der Plan zur Drofflung der Einfuhr deutscher Kohlen! Die Folge davon wird sein, daß sich die Abnahmlichkeiten für den deutschen Bergbau verringern und die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter erhöht wird. So sieht das Papen-Programm zur „Belebung der Wirtschaft“ in der Praxis aus! (Siehe auch Artikel: „Deutsche Bergarbeiter schwer bedroht“.)

Papens U-Bootkrieg.

Kommt auch die Katastrophe?

Unsere wirtschaftliche Lage von heute ähnelt verzweifelt der politischen Situation im letzten Drittel des Weltkrieges. Wenn nicht alles trügt, stehen wir nun auch vor einem wirtschaftlichen 1918.

So wie damals der politische Zusammenbruch kommen mußte, weil die alten Machthaber aus der Sippe derer, die auch jetzt wieder durch die „feinen Leute“ in der Regierung vertreten werden, den Karren zu weit in den Dreck abgetrieben ließen, so scheint uns auch heute nur noch ein Zufall vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren zu können angesichts der Methoden, mit denen die Regierung der Krise zu Leibe geht.

Das Wirtschaftsprogramm Papens mutet uns stark an wie der U-Bootkrieg von 1917. Auch er war damals ein letzter verzweifelter Abwehr- und Rettungsversuch auf politischem Gebiete, so wie Papen ja auch jetzt kein Wirtschaftsprogramm als letzte Möglichkeit bezeichnet, das private Unternehmertum zu retten. Das Ende war damals die Katastrophe!

Wir empfehlen der Arbeiterschaft, daraus zu heute die Parallele zu ziehen und sich jetzt schon auf das wahrscheinliche Versagen des Programms Papens einzustellen. Wenn es nämlich verfehlt, haben die „feinen Leute“ damit wahrscheinlich ihren zweiten U-Bootkrieg, und zwar diesmal auf wirtschaftlichem Gebiete, verloren.

Daß die Folgen dann die Arbeiterschaft in ihrer gleichen Rolle für eine wirtschaftliche Restaurierung vorfinden lassen, wofür sie ihnen zuteil ward bei der politischen im Jahre 1918, dafür müssen wir schon jetzt durch doppelte Aufklärungs- und Werbearbeit sorgen.

Ist das Gerechtigkeit?

Die kapitalistische Welt- und Wirtschaftsordnung wird von ihren Verteidigern als die beste und gerechteste dargestellt, die man sich ausdenken könne. Der große Franzose Anatole France hat diese Verteidiger des Kapitalismus einmal folgendermaßen glosiert:

„Es scheint wohl, als ob ihr Recht habt, daß unsere heutige Ordnung durchaus gerecht ist, denn man muß zugeben, daß auch der Millionär ebenso bestraft wird, wenn er ein Brot stiehlt, wie der Bettler, und daß es dem Millionär ebenso verboten ist, sich kein Wohnlager unter einem Brückenbogen aufzuschlagen, wie dem Landstreicher.“

Der Hohn auf die heutige Ordnung, der in diesen Worten liegt, spricht für sich selbst. Es kommt eben nicht auf die Ordnung und Befehle an sich an, sondern darauf, welche Stellung dem einzelnen in dieser Ordnung zugewiesen ist. Und das ist es eben so, daß einige wenige Menschen sich zur Herrschaft und Ausbeutung über die anderen aufgeschwungen haben und sich Kraft ihres gefüllten Geldbeutels außerhalb aller Befehle und Ordnungsbestimmungen bewegen können.

In welchem Maße sich dieses unterschiedliche Verhältnis im Kapitalismus entwickelt hat, zeigt die Einkommensstatistik, die vor kurzem das Statistische Reichsamt veröffentlichte. Aus dieser Statistik ist nämlich zu ersehen, daß in der untersten Steuerstufe (Leute mit bis zu 1500 M. Jahreseinkommen) rund eine Million Steuerzahler notwendig waren für ein Gesamteinkommen von einer Milliarde. In der höchsten Steuerstufe (Leute mit über 100 000 M. Jahreseinkommen) brauchte man nur 4500 Menschen für ein Gesamteinkommen von einer Milliarde.

Das heißt also, daß 4500 Menschen der oberen Zehntausend ebensoviele Jahreseinkommen haben, wie eine Million der Angehörigen des niederen Volkes.

Nun beantworte du die Frage, lieber Leser und liebe Leserin: Ist das Gerechtigkeit? Wenn nicht, dann helfe uns diese Gerechtigkeit schaffen! Du kannst das, indem du deine Stimme am 6. November der Sozialdemokratie gibst, die mit uns eine neue Weltordnung herbeiführen will.

Mikrowirtschaft des Lothringen-Konzerns.

Wohl kaum einer der vielen Konzerne und Trusts hat den für die kapitalistische Privatwirtschaft so typisch gewordenen Aufstieg hinter sich, wie ihn der Lothringer Bergbau-Konzern in seinem Entwicklungsgang beinahe von Anfang an mit dem allmählichen Zerfall seines Konzerngebildes durchgemacht hat. Die jetzt zur Durchführung geplante Stilllegung der Zeche Präsident ist nur eins der vielen Glieder jener unseligen Kette von sogenannten „Rationalisierungsmaßnahmen“, welche in Wirklichkeit nichts anderes als die zwangstüftigen Folgen einer gänzlich verfehlten Wirtschaftsführung der Kreise um Lothringen sind. Wiederholt haben wir die Verhältnisse gerade dieses Konzerns einer scharfen Kritik unterzogen und auf die mit dieser Konzernpolitik verbundenen volkswirtschaftlichen Schädigungen hingewiesen.

Die augenblicklich ungünstige Lage der Zeche Präsident ist einzig und allein auf die inneren finanziellen Schwierigkeiten des Lothringen-Konzerns zurückzuführen, die schon lange Sanierungsmaßnahmen zur dringenden Notwendigkeit gemacht haben. Bereits in der letzten Bilanz der Bergbau-AG Lothringen wurde mit einigen dünnen Worten auf die bevorstehende Stilllegung der Schachtanlage Präsident hingewiesen, wo es hieß: „Im Interesse der Gestaltung unserer Selbstkosten haben wir es für richtig gehalten, ab April des laufenden Jahres die Förderung der Schachtanlage ver. Präsident zugunsten der Schachtanlage Lothringen I-IV auf die für die Aufrechterhaltung der Grubenbaue und Wasserhaltung erforderliche Mindestmenge zu droffeln.“ Der Kernpunkt des Übels liegt also angeblich wieder einmal bei den so oft umstrittenen Selbstkosten, die durch eine scharfe Konzentration der Förderung herabgedrückt werden sollen. Leider hat es aber die Lothringen-Verwaltung — natürlich im eigenen Interesse — verabsäumt, bei dieser Gelegenheit auch einmal die wirklich belastenden Faktoren der Selbstkosten einer näheren Definition vor aller Öffentlichkeit zu unterziehen; man denke hierbei nur an den Zinsaufwand für die ungeheure Schuldenlast des Konzerns, dem unbestimmt sozialer Interessen heute gesunde Zweige des Produktionsapparates zum Opfer fallen sollen. Bei einem Aktienkapital von 50 Mill. M. hat die Bergbau-AG Lothringen bereits im Geschäftsjahr 1930 eine Schuldenlast von 30 Mill. M. ausgewiesen, die sich aber im Geschäftsjahr 1931 auf weit mehr als 70 Mill. M. erhöht hat. Die Folge: Ein Zinsballast von über 6 Mill. M. in einem Jahr, und weiterhin ein Geschäftsverlust von annähernd 22 Mill. M.! Dieses wunderbare Geschäftsergebnis rührt nun ganz und gar nicht von der Seite der Kohlenbasis des Konzerns her, die mit einer Gesamtförderung von 1 903 704 To. im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahre nur einen Rückgang von etwa 350 000 To. (also nicht einmal 20 Proz.) zu verzeichnen hat, sondern in dieser Verkaufszahl spiegeln sich deutlich die verheerenden Folgen der verhängnisvollen Expansionspolitik der Konzernleitung wider, die zur besseren Beurteilung der heutigen Situation kurz gezeichnet werden soll.

Die Bergbau-AG Lothringen, derzeitige Trägerin des Konzerns, ist hervorgegangen aus der ehemals so bedeutenden Gewerkschaft Lothringen in Bochum-Gerthe. Diese letztere nahm infolge ihrer ausgezeichneten Kohlenvorkommen eine Spitzenstellung unter allen Kohlenunternehmen des Reviers, ja sogar ganz Deutschlands, ein. Die kurzfristige Bewertung der Zeche dieser Gewerkschaft bewegte sich jahrelang auf einer geradezu gigantischen Höhe, und hohe Ausbeuten flossen dauernd in die Taschen glücklicher, schwerreicher Gewerker. Dem echt kapitalistischen Drange nach immer weiterer Profitsteigerung folgend, begann nunmehr kurz vor Anfang des Weltkrieges mit dem Erwerb der beiden Zechen Dessel und Freie Vogel und Unerhofft leitens der Gewerkschaft Lothringen eine Epoche wahnsinnigster Expansion, die sich allerdings zunächst nur im Rahmen zahlreicher Zechenankäufe, also einer Erweiterung der ursprünglichen reinen Kohlenbasis bewegte.

Hierzu gehörte auch Zeche ver. Präsident mit ihrer Tochtergesellschaft, der Gewerkschaft Herberder Steinkohlenbergwerke. Vor allem begünstigt durch die marktsichere Wirkung der Inflation feierte der Unternehmerrgeist der leitenden Persönlichkeiten von Lothringen, wie damals überall in der kapitalistischen Wirtschaft, wahre Triumphe. Um dieser in erster Linie auf Spekulation aufgebauten Wirtschaftsführung die Krone aufzusetzen, wurde dann vor etwa einem Jahrzehnt der Lothringen-Konzern durch Umwandlung der Gewerkschaft Lothringen in eine AG gegründet. Eisenwerke und Hochofen wurden neu gebaut; Automobilfabriken, Eisenbahnen und Erzgruben wurden

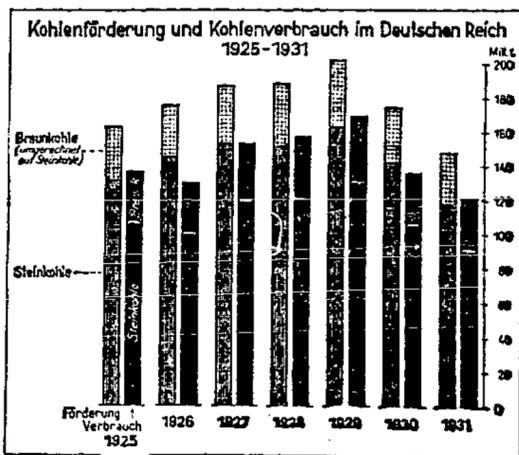
angekauft; für Grundstücke, Häuser und Paläste für Beamte und Direktoren wurden Millionenbeträge ausgegeben, sogar eine eigene Bank gründete man, und dieses bunte Gemisch vereinte man dann in dem „Kohlen“-Konzern. Es wäre nun alles in schönster Ordnung gewesen — wenigstens vom Gesichtspunkte der Lothringen-Verwaltung betrachtet —, wenn dieser zusammengekauften Konzern seine Funktion erfüllt hätte. Waren in ihm doch alle Voraussetzungen privatkapitalistischer Wirtschaftsmethoden erfüllt, wie sie voll und ganz der privatwirtschaftlichen Ideologie entsprachen! Was aber bereits kurz nach Gründung des Konzerns eintrat, ist eine Phase des Niederganges gewesen. Die Lothringer Aktien fielen in wenigen Jahren von dem Höchststande von 145 Proz. auf einen Tiefstand von 3 Proz. Die Beteiligungen wurden, soweit sie überhaupt realisierbar waren, nach und nach abgestoßen, um die nötigen Betriebsmittel zu schaffen. Andere Beteiligungen und Anlagewerte wurden wiederum zur Beschaffung immer neuer Kredite den Banken verpfändet, bis die Situation heute, abgesehen von den bereits oben erwähnten 70 Mill. M. Schulden, soweit gekommen ist, daß man mit der Außerbetriebsetzung der Schachtanlage Präsident einen schwerwiegenden Eingriff in die Substanz der Anlagewerte machen muß, um durch diese Maßnahme privatwirtschaftliche Interessen fördern zu können.

Zwar schweben seit langen Monaten Sanierungsverhandlungen mit den Banken, ohne daß aber bis heute ein greifbares Resultat erzielt worden ist; die Schwierigkeiten liegen natürlich in der Konfolidierung der ungeheuren Schuldenlast des Konzerns, welche einzig und allein durch die unverständliche Expansionspolitik der Konzernleitung entstanden ist. Bereits im Jahre 1929, also noch vor Beginn der Wirtschaftskrise, wurde eine innere Sanierung der Bergbau-AG Lothringen durch eine scharfe Kapitalzusammenlegung vorgenommen, nachdem man damals schon wertvolle Beteiligungen längst veräußert hatte. Durch diese bilanzmäßige Sanierung wurde aber der weitere Zerfall des Konzerns nicht aufgehalten. Wie das Beispiel Lothringen beweist, ist die Privatwirtschaft nicht mehr in der Lage, sich selbst zu helfen; die beabsichtigte Stilllegung der Zeche Präsident ist ein deutlicher Fingerzeig dafür, wohin der Weg der privatkapitalistischen Wirtschaftsform führt, wenn diesem

volkswirtschaftlichschädigenden Spiele nicht endlich durch die Verstaatlichung des Bergbaues und der Schwerindustrie ein Ende bereitet wird.

Die Krise im Bergbau.

Aus folgender Darstellung geht hervor, daß die Kohlenförderung in Deutschland im letzten Jahre einen Tiefpunkt erreichte. Während wir im Jahre 1929 noch eine Gesamtförderung von



Stein- und Braunkohlen von mehr als 200 Mill. To. aufzuweisen hatten, sank diese im letzten Jahre auf 148 Mill. To. (Vgl. die punktierten Säulen.) In gleichem Verhältnis wie die Produktionsziffern sanken, ging auch der Kohlenverbrauch zurück. Darüber unterrichten die fettgedruckten Säulen. In diesem Jahre ist ein weiterer Rückgang vorhanden, da die allgemeine Wirtschaftsschrumpfung angehalten hat.

Vier der ältesten Verbandsveteranen.

Alle über 80 Jahre alt und seit 1889 Mitglied.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!



Wilh. Aschoff Langendreer I 84 Jahre alt
 Johann Goller Stockum bei Hamm 82 Jahre alt
 Friedrich Tex Werden 82 Jahre alt
 Georg Gräbe Langendreer II 86 Jahre alt

Die Nazis unterm Brennglas.

Wer lacht da?

Das Naziblatt „Nationalzeitung“ in Halberstadt veröffentlicht in seiner Nummer vom 9. Oktober über die Reichskonferenz unseres Verbandes folgenden Bericht:

„Der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiterverbandes, der zu den freien Gewerkschaften gehört, H u s e m a n n, schilderte auf der Reichskonferenz des Verbandes in Bochum die Lage im Bergbau als elend und erschütternd. Er bekennt sich dabei zu der nationalsozialistischen Forderung (!) auf Verstaatlichung des gesamten Bergbaues, weil allein dadurch der weiteren Verelendung vorgebeugt werden könne. 300 000 Bergarbeiter suchten zur Zeit Arbeit, die noch arbeitenden 430 000 Bergleute seien durchweg Kurzarbeiter. Im Ruhrbergbau habe es in den ersten Monaten des Jahres 1932 nicht weniger als 7,2 Millionen Feiertage gegeben. Dann greift Husemann die Wirtschaftspolitik des Präsidialkabinetts v. Papen scharf an, die der schweren materiellen Schädigung der Arbeiterschaft noch ihre soziale Entrechtung hinzugefügt habe. Der einzige Ausweg sei die Verstaatlichung des Bergbaues. Es ist nicht ohne Reiz, daß sich die freien Gewerkschaften damit nun endlich auch zu einer der Grundforderungen der NSDAP (!) bekennen.“

Also, Kumpels, nun wißt ihr Bescheid! Endlich bekennen sich auch die freien Gewerkschaften und Husemann zur Verstaatlichung des Bergbaues und damit zu einer nationalsozialistischen Grundforderung (!!!). Und da behauptet noch einer, die Nazis könnten nicht schwindeln! Aber vielleicht sind sie auch nur saudumm und glauben den Blödsinn, den sie fabrizieren, wirklich. Wie dem auch sei: jeder, der auch die freie Gewerkschaftsbewegung und die Geschichte unseres Verbandes kennt, wird über die nationalsozialistischen Absichten über ihre dumme Frechheit, wie man sagt — geplättet sein.

Der „Sozialismus“ von Straßer.

Es gibt tatsächlich Leute, die der Meinung sind, bei den Nazis handelt es sich um eine sozialistische Bewegung. Ein großer Irrtum, wie wir gleich sehen werden. Als sozialistisch angehaucht galt in der Öffentlichkeit Gregor Straßer. Der amerikanische Journalist K n i c k e r b o c k e r hat im Laufe seiner Europareise auch Straßer ausgefragt. Das Interview kommt in der „Völkischen Zeitung“ zum Ausdruck. Ueber die Frage, wie sich die nationalsozialistische Partei zu einer Planwirtschaft stellen würde, antwortete Straßer:

„Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel begannen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiter wachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke stecken. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Eine derartige Gegnerschaft gegenüber der Planwirtschaft könnte auch von einem Unternehmer geäußert werden. Ein Unterschied zwischen den Meinungen Straßers und den extremsten Individualisten ist jedenfalls nicht zu entdecken. Nachdem Straßer sein Herz gegenüber dem Amerikaner ausgeschüttet hatte, kam lehrerhaft zu dem Standpunkt, „daß Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicher nicht nationalistischer als Papen und Papen ist sicher nicht kapitalistischer als die Nationalsozialisten.“

Die Nazis als Klassenkämpfer.

Seit vielen Jahren predigen die Nazis, daß sie den Klassenkampf überwinden wollen. „Die nationalsozialistische Bewegung wird — so heißt es wörtlich in dem programmatischen Wahlauftrag von 1930 — mit ihrem Siege den alten Klassengeist überwinden. Sie wird aus dem Klassenirritum wieder ein Volk erstehen lassen.“

Die Nazis blieben diesem Grundsatz auch treu. Um den Klassenkampf zu überwinden, führten sie einen Kampf gegen den „Marxismus“. Das heißt: überall, wo es zu gewalttätigen Zusammenstößen kam, waren als Opfer der Nazischlägereien und -schieberereien immer nur sozialistische Arbeiter zu beklagen. Nirgendwo haben die „rauen Kämpfer“ Kapitalisten und Besitzende erschlagen, sondern immer nur Proleten. Der Klassenkampf dieser Leute ist deshalb mit blutigen Letztern niedergeschrieben und völlig klar.

Wenn die Nazis trotzdem jetzt Flugblätter verbreiten, in denen sie mit radikalen Schlagworten sogar noch die kommunistische Hege gegen die Gewerkschaften zu übertrumpfen versuchen, dann handelt es sich dabei nur um eine üble Wahlmaxime. Auch ihre Beteiligung an verschiedenen Streiks ist nur ein elender Bluff. Durch diese Scheinopposition gegen die Papen-Regierung wollen sie nur die Wähler von der Tatsache ablenken, daß sie dem Herrnkabinett das Regierungsruder ausgeliefert und das Kabinett der Freiherrn stürmisch begrüßt haben. Aber die braunen Salzsteuerkollektoren können beruhigt sein: auf ihre

wortradikalsten Subdskripten und ihre Verleumdungsreden wird kein Prolet hereinfallen. Stärker als ihre verlogenen Agitationsmethoden haben die nationalsozialistischen T a t e n die deutschen Arbeiter über das wahre Wesen dieser Prinzenpartei aufgeklärt.

Nazis als Konzertveranstalter.

„Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden.“

An diesen vielsagenden Vers von Wilhelm Busch sind die franken Kumpels, die im Knappschaftskrankenhaus Bottrop untergebracht sind, erinnert worden. Kam da eines Tages eine Nazitapelle im sch... farbigen Widsch angelatscht, pflanzte sich vor dem Knappschaftskrankenhaus auf und fing an, die mitgebrachten Instrumente zu mißhandeln. Die braunen Felder meinten, daß sie „alldeutsche“ Musik machten, denn Hörner und die dicke Pauke gaben den Ton an. Namentlich die dicke Pauke hat ordentlich herhalten müssen. Man gewann den Eindruck, daß der „Naziheld“, der die dicke Pauke schlug, seine perverfen Schlägergefühle anscheinend an diesem unschuldigen Instrument austoben lassen wollte, da zu anderer Art Schlägen nach dem Todesurteil in Beuthen ihm der Mut verging.

Kein Wunder, daß die franken Kumpels, die diese mißratenen Töne aus dem „Dritten Reich“ vernahmen, sich die Ohren zuhielten und Schutz vor dem Klamauf verlangten. Die Krankenhausverwaltung mußte also unter solchen Umständen den braunen Spektakelbrüdern zu verstehen geben, daß ungebetene „Künstler“ ihrer Art auf dem Krankenhausgrundstück nicht geduldet werden könnten, um so weniger nicht, als im Knappschaftskrankenhaus in Bottrop auch eine Nerventränenabteilung untergebracht ist, und die Gefahr bestand, daß die Nerven dieser Bedauernswerten durch die disharmonischen Töne der sch... farbigen Bürgerkriegstapelle noch mehr als bei der nervenzerreibenden Arbeit im Bergbau leiden würden.

Darüber nun, daß die Kumpels ihnen so wenig „Kunstverständnis“ entgegenbrachten, waren die Nazis ordentlich erbost. Sie gingen hin und verbrachten in ihrem Leib- und Wurstblatt, genannt „National-Zeitung“, einen Artikel, in welchem sie wegen der ihnen widerfahrenen Unduldsamkeit niemanden anders als natürlich die verhassten „Bonzen“ verantwortlich machten. Dabei drohen sie, bei der kommenden „Aufräumung“ nach dem 6. November ihrer besonders zu gedenken.

Doch wer lacht da?

Brief aus Amerika.

Schlimme Lage der Bergarbeiter.

Heute herrschen in einzelnen Bergbaudistrikten von Nordamerika Zustände, welche jeder Beschreibung spotten. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen die Bergbaumagnaten und ihre Helfershelfer, genannt die Thugs (Blut Hunde), die Bergarbeiter zu unterdrücken und zu drangsaliieren. Daß sich so etwas in einem Staate wie Amerika ereignen kann, zumal in einer Zeit, wo die Menschheit auf der Höchsthöhe der Zivilisation steht, ist fast ungläublich. Ich kann nicht umhin, dem deutschen Bergarbeiter, der ja auch schon hart genug unter der Knute der kapitalistischen Gesellschaft zu leiden hat, einmal die trostlose Lage seiner amerikanischen Berufskameraden zu schildern. Er mag daraus lernen, daß, wenn der deutsche Arbeiter nicht mit allen Fasern seines Herzens an seiner Organisation festhält und nicht die Organisation als eine unbedingte Notwendigkeit anerkennt, es ihm einmal genau so ergehen könnte wie seinen Brüdern hier in den Vereinigten Staaten. Wie es hier aussieht, schildert eine Gruppe von Zeitungsreportern, welche den streikenden Bergarbeitern in Kentucky und deren Familien Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel übermitteln wollten.

Waldo Frank, ein gut bekannter Autor übernahm die Führung dieser Unterstützungsaktion. Man wollte ausfinden, so sagt Waldo Frank, inwieweit die Bergwerksbesitzer und deren Thugs zulassen, daß gute amerikanische Bürger ein barmherziges Wort an ihren bedrängten Mitbürgern, welche der Knute der Bergwerkskapitalisten erbarmungslos preisgegeben sind, vortragen. Wir sollten sehr bald in Erfahrung bringen, so sagt Frank weiter, daß der Magistrat sowie der Staatsanwalt, die Polizei und Deputies gegen uns waren. Es wurde uns nicht erlaubt, Nahrungsmittel unter die hungernden Bergarbeiter und deren Angehörige zu verteilen. Unser Proviant, welcher unter die Bergarbeiter zur Austeilung gelangen sollte, wurde beschlagnahmt und unter die Thugs verteilt.

Nachdem unsere Gruppe mehrere Male verhaftet wurde, weil sie sich gegen diese Barbarei auflehnte, später aber wieder zur Entlassung kam, wurden einige Mitglieder nachs aus ihren Beuten geholt, in ein bereitstehendes Auto gepackt und über die Staatsgrenze transportiert. Frank und ein New Yorker Rechtsanwalt, welcher zur Verteidigung der Bergleute in Pineville weilt, wurden verprügelt und zugleich gewarnt, sich nicht wieder in Kentucky sehen zu lassen. Nach Beschreibung Franks besteht der Mob aus Bergwerksbesitzern, Kaufleuten, Doktoren,

Aufruf zur Solidaritätshilfe.

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter M... kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm im Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliche im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllose Opfer dieser graufamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistig und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspäne.

Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken zu die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die No... Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandte Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die

Solidaritätshilfe!

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendig ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mühseligkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands

Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

200 Mark Verbrauchssteuern im Jahre zahlt eine deutsche Arbeiterfamilie.

Das Statistische Reichsamt hat die steuerliche Belastung des Haushaltsbedarfs untersucht. Hierunter wurden einbezogen die Verbrauchssteuern einschließlich Zölle und Umsatzsteuer.

Im Jahre 1929-30 belief sich das Aufkommen der Verbrauchsteuer je Kopf der Bevölkerung auf 73,83 M. Im Jahre 1930-31 auf 71,21 M. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß damals die U m s a t z s t e u e r nur 0,75 Prozent betrug gegen 2 Prozent gegenwärtig.

Was das bedeutet, zeigt folgendes: 2 Prozent Umsatzsteuer verteuern das Brot um 4 Prozent, Fleisch um 5,25 Prozent, zuderhaltige Lebensmittel bis 7 Prozent, Industrieprodukte um 5 Prozent.

Weiterhin sind gegenwärtig auch die Zölle sowie die Tabaksteuer wieder erhöht und die kommunale Geransteuer eingeführt. Stellt man das in Rechnung, dann beträgt gegenwärtig die Belastung an Verbrauchsabgaben je Kopf der Bevölkerung 100 bis 110 M.

Hier bleibt aber nun zu berücksichtigen, daß zur Zeit der Verbrauch stark zurückgegangen ist und die Preise auch etwas gesunken sind. Wir stellen das mit ungefähr 40 Prozent im Anseh. Aber auch dann verbleibt heute noch eine Verbrauchsbelastung je Kopf in Höhe von rund 70 M. Auf eine Familie (Chepaar mit Kind) macht das also immer noch 200 M. aus.

Das kümmert die Nazibarone wenig. Sie sind auf den Schultern von Adolf Hitler hochgekommen und machen eben jetzt was sie wollen. Statt dem Volke zu helfen, laden sie ihm immer mehr Lasten auf durch Zollerhöhung und Lohnsenkung. Dem Besitz aber werden immer mehr Steuern geschenkt. Das ist das vorläufige Resultat des Hitleraufstiegs. Ob das Volk noch nicht davon genug hat?

Rechtsanwälten, Zeitungsagenten ufm. Er gab die Namen der Besitzer der Pineville Zeitung an, welche mithalfen, verschiedene Teilnehmer der Gruppe über die Staatsgrenze zu transportieren und welche ihn selbst auf brutale Weise mißhandelten. Keiner von den Mitgliedern dieser Unterstützungsgruppe, so erklärte Frank, sei irgendwie verbunden oder sympathisiert mit den Kommunisten; und sie müßten ganz entschieden in Abrede stellen, daß die Bergarbeiter in den genannten Distrikten von Radikalen geführt werden, die Bergleute selbst wüßten nichts vom Kommunismus.

Eine Küche, welche von den Bergleuten in den Bergen von Kentucky errichtet wurde, um die Frauen und Kinder mit notwendiger Nahrung zu versorgen, wurde von den Thugs zusammengeschossen und die Marketerden hinterücks niedergeknallt. Im Jahre 1924, als die Mine worker Union (Bergarbeiterorganisation) von demselben Mob aus Kentucky vertrieben wurde, machte man es genau so wie heute. Eine Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage haben die Bergleute schon lange aufgegeben, weil von ihrer Seite nichts unversucht gelassen wurde, ihre trostlose Lage zu verbessern, was leider aber bis heute noch von keinem Erfolg gekrönt worden ist. — Das sind die Ergebnisse eines Zeitungsgrüblers in den verelendeten Distrikten des Kentucky-Bergbaues!

Was ist nun der Grund dieser menschenwürdigen Behandlung? Ich habe Gelegenheit gehabt, eine Schilderung von zwei Delegierten dieses Bezirks anzuhören. Diese Delegation, welche sich mit einem Ausweis des Streikkomitees legitimieren konnte, schilderte die oben angeführten Darstellungen noch drastischer, weil sie selbst alles das miterlebt und am eigenen Leibe gespürt hat. Die Bergleute sollten sich laut Darstellung der beiden Delegierten verpflichten, für einen ungemein geringen Lohn Kohle zu fördern, der so niedrig gehalten war, daß ein guter Hauer dreimal soviel hätte leisten müssen als früher, um den Lohn zu bekommen, der zum Leben genügte. Die Leute wurden dazu gezwungen, ihre Lebensmittel in Geschäften zu kaufen, welche von den Bergwerksbesitzern finanziert oder betrieben wurden. Als die Bergleute bei den Werksbesitzern vorstellig wurden wegen der niedrigen Bezahlung, wurde ihnen gesagt: „es ginge ihnen noch zu gut“.

Das alles ist hier möglich, weil es den Unternehmern und den Thugs bisher noch immer gelang, die Organisationen fern zu halten. Das beweist aber auch, was den Arbeiter erwartet, wenn er es nicht versteht, dort, wo jetzt die Organisation schon wirken kann, sich dieselbe zu erhalten. Mögen auch die deutschen Bergarbeiter hieraus lernen!

Neue Massenentlassungen im Bergbau?

Unser Verband an den Reichsfinanzminister von Papen.

Aus der großen Beforgnis, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung Papen das Bergarbeiterelend nicht zu lindern vermag, ja, im Gegenteil hierzu, noch verschlimmern könnte, hat unser Verband folgendes Schreiben an den Reichsfinanzminister von Papen gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsfinanzminister! Der Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes bemächtigt sich zunehmend die Beforgnis, daß die Abwehrmaßnahmen der Kohlenempfangsländer gegen die deutschen Kontingentierungen die deutsche Kohlenausfuhr in vermehrtem Maße beeinträchtigen werden, wodurch die furchtbare Arbeitsnot der Bergarbeiter eine unerträgliche Verschärfung erfahren würde.

Diese Beforgnis besteht hauptsächlich hinsichtlich des größten Abnehmerlandes, Holland, dessen ohnehin geringere Kohlenbezüge immer noch 15- bis 20 000 Bergleuten Beschäftigung geben. Wenn nicht Tausende von Arbeitsstellen in Gefahr geraten sollen, muß von der so verhängnisvollen Einfuhrermittlungspolitik Abstand genommen und eine handelspolitisch getriebene werden, die eine weitere Gefährdung des katastrophal niedrigen bergbaulichen Beschäftigungsgrades ausschließt.

Eine kürzlich in Bochum zusammengetretene Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hat in diesem Zusammenhange die nachdrückliche Förderung der vom Völkerbund angebahnten Verständigungsbemühungen in der internationalen Kohlenwirtschaft durch die Reichsregierung verlangt, um so einer weiteren Verwirrung der Kohlenmärkte mit ihren verberblichen sozialen Folgen für die Bergleute Einhalt zu bieten. Die internationale Kohlenverständigung muß

daher zu einem dringlichen Programmpunkt der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz gemacht werden.

Daneben warten die Bergleute immer noch auf die Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens, an dessen Zustandekommen Deutschland führend mitgewirkt hat und infolgedessen auch sein Wirksamwerden als Ausgangspunkt einer internationalen Gemeinschaftsarbeit der Bergbauarbeiter mit beschleunigten Mitteln.

Die Bergarbeiter sehen in der durch eingehende internationale Beratungen bereits vorgezeichneten Politik internationaler wirtschaftlicher und sozialpolitischer Abmachungen einen gangbaren Weg zum Wiederaufstieg des Bergbaues, während Unfähigkeit und Drosselung des Außenhandels das bestehende Uebel nur noch schlimmer werden lassen.

Als die größte und älteste Berufsorganisation der deutschen Bergarbeiter richten wir an den Herrn Reichsfinanzminister sowie an die gesamte Reichsregierung die dringende Bitte, durch eine aufgeschlosseneren handelspolitisch erneut drohendes Unheil von den durch die Krise schwer heimgesuchten Bergbaurevierern abzuwenden.

Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn Sie, Herr Reichsfinanzminister, in Ihrem Dortmund Vortrag am kommenden Sonntag vor Vertretern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auch auf die in diesem Schreiben behandelten Fragen eingehen würden.

Mit hochachtungsvollem Glückwunsch!

Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.
Fr. S u j e m a n n, Vorsitzender.

Willfür im Strafweien.

Rechtssache und Rechtspredung sind bezüglich des Strafweien ziemlich eindeutig. Auf Grund des Betriebsrätegesetzes hat die Betriebsvertretung ein eindeutiges Mitwirkungsrecht bei Festsetzung von Strafen für Belegschaftsmitglieder. Praktisch ist der Verlauf der Strafverfolgung folgendermaßen:

Der Arbeitgeber meldet dem Arbeiterrat unter Angabe der Gründe, daß er den Arbeiter X. mit einer Mark bestrafen will. Der Arbeiterrat nimmt in seiner nächsten Sitzung zu diesem Antrag Stellung. Stimmt er dem Bestrafungsantrag zu, dann ist die Strafe beschlossen. Der Arbeiter X. kann hiergegen nichts mehr unternehmen. Stimmt der Arbeiterrat nicht zu und kommt keine anderweitige Regelung zustande, hat der Arbeitgeber kein Recht, den Abzug von einer Mark vom Lohn vorzunehmen, weil dieses einem ungerechtfertigten Lohnabzug gleichkommt, wogegen der Arbeiter X. klagbar vorgehen kann. Der Arbeitgeber hat nun aber ein Recht, beim Arbeitsgericht die Ersatz Zustimmung zur Bestrafung zu beantragen, wenn der Arbeiterrat die Zustimmung verweigert. Stimmt das Arbeitsgericht zu, dann ist die Strafe rechtsgültig, im Ablehnungsfalle erfolgt auch jetzt keine Bestrafung.

Dieser klaren Rechtsweg versuchte die Zechenverwaltung Altkoben im Ruhrgebiet dadurch zu umgehen, indem sie dem Arbeiterrat Dammenschrauben anlegte und im Falle der Ablehnung der Geldstrafe durch den Arbeiterrat mit der Entlassung der betreffenden Belegschaftsmitglieder drohte. Die Belegschaft hat diese Drohung mit Entrüstung aufgenommen und beschlossen,

sich gegen diese Rechtswidrigkeiten zur Wehr zu setzen. Denn die Rechtssache, die sich aus einer solchen Kündigung ergibt, ist ziemlich eindeutig.

Der auf solche Weise gefürchtete Arbeiter hat das Recht, gegen die Kündigung Einspruch zu erheben. Nach dem Betriebsrätegesetz kann kaum ein Arbeitsgericht diesen Kündigungseinspruch zurückweisen, weil hier tatsächlich eine unbillige Härte vorliegt. Das geht eben daraus hervor, daß der Arbeitgeber ursprünglich eine Geldstrafe für ausreichend hielt und erst durch das Verhalten des Arbeiterrats zu der schwersten Strafe, die einen Arbeiter treffen kann — der Entlassung, schritt. Die Kündigungsurkunde ist also nicht unmittelbar zu suchen in dem Verhalten des Arbeiterrats, sondern in dem des Arbeitgebers. Gegen das Verhalten des Arbeiterrats aber stehen dem Arbeitgeber die oben erwähnten Möglichkeiten zur Verfügung. Die Belegschaft wird sich also an die gesetzlich festgelegten Rechte halten und bei dem Arbeitsgericht Oberbau sein Recht suchen. Warum ging es denn früher ohne Strafen? Will sich die Verwaltung schadlos halten an den Auswirkungen, die durch die Einföhrung des Kohlenkontrollens entstanden? Früher zog sie der Belegschaft im Monat bis zu 700 Wagen angeblich unrein geförderte Kohlenwagen ab, heute, nachdem die Belegschaft durch den Kohlenkontrollen die Wagen mit kontrolliert, sind es nur noch 200. Seit dieser Zeit besteht auch das Strafsystem. Die Belegschaft hat sich gegen das ungerechte Nullen der Kohlenwagen mit Erfolg gemehrt, sie wird sich auch gegen ungerechtfertigte Strafen und Entlassungen zu wehren wissen.

Die Kölner Bergarbeiter kampfbereit.

Unser Kölner Bezirk veranstaltete am 9. Oktober eine Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte des Braunkohlenreviers. Fast 200 Funktionäre waren dem Ruf gefolgt. Kamerad Martini vom Hauptvorstand in Bochum sprach zunächst zum Thema: „Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung“. Er erläuterte in klarer und leichtverständlicher Weise den Inhalt der Notverordnungen vom 4. und 5. September. Es sei sehr zweifelhaft, ob das Ziel dieser Verordnungen, nämlich 1 1/2 Millionen Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen, erreicht würde. Die Krise, als ein Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, könne nur behoben werden durch eine Stärkung der Massenaufkraft. Diese wirtschaftspolitische Notwendigkeit lasse aber das Programm der Papen-Regierung außer acht. Infolgedessen könnten die Gewerkschaften, so sehr sie auch an einer Milderung der Erwerbslosennot interessiert seien, das Experiment der Regierung nicht als einen hoffnungsvollen Anlauf für einen wirtschaftlichen Umschwung betrachten. Besonders scharf wandte sich Kamerad Martini gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnungen, durch den der Regierung eine Generalvollmacht für weitgehende Verschlechterungen gegeben wird und den die Gewerkschaften entschieden ablehnen müßten. Sie werden sich insbesondere gegen die lohnpolitischen Verschlechterungsversuche mit allen Kräften zur Wehr setzen. Mehr denn je sei daher eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen notwendig.

Kamerad Simon berichtete dann noch über einige Fragen aus dem Revier. Die Aussprache, an der sich die Funktionäre sehr rege beteiligten, brachte den unerschütterlichen Kampfwillen der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Mit großer Leidenschaftlichkeit wandten sich die Funktionäre gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung. Einem Kameraden von der S.M.P., der zwar ernste und sachliche Ausführungen machte und für die rote Einheitsfront sprach, wurde von den anderen Rednern aber unzuverlässig gefaßt, daß man nicht von der Einheitsfront reden dürfe, wenn man auf der anderen Seite die Zersplitterung der Arbeiterschaft noch weiter treibe. Die Bergarbeiter seien zur Einheitsfront positiv eingestellt, sie verlangten aber, daß eine unfruchtbare Kritik eingestellt, praktische Mitarbeit geleistet und die Beschimpfung der Führer eingestellt werde. Die Konferenz legte ein einmütiges Bekenntnis zur Demokratie und zur Eisernen Front ab. Die Aussprache zeigte, daß die Kölner Bergarbeiter auch in diesem Wahlkampf ihren Mann stehen werden.

Die sächsischen Bergarbeiter in Front.

Die Funktionäre des Bezirks Zwickau nahmen am 9. Oktober in einer von weit über 200 Funktionären besuchten Konferenz zu den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen und den Einbrüchen in das Tarifrecht durch die Papen-Regierung Stellung.

Bezirksleiter Weber gab zunächst einen Bericht von der in Bochum stattgefundenen Reichskonferenz unseres Verbandes. Er führte dabei aus, daß alle Maßnahmen der Regierung und der Wirtschaftsführer für eine Beseitigung der Wirtschaftslage erfolglos geblieben seien. Das könne auch gar nicht anders sein, wenn die Befehle der Wirtschaftskrise einseitig den Ärmsten aufgebürdet würden. Er wandte sich insbesondere gegen die Auktionsbestrebungen, die gerade in den letzten Tagen bewiesen hätten, daß sie nur geeignet seien, die Krise zu verschärfen.

Tatsache sei, daß auch im Bergbau eine Besserung der Krise nicht eingetreten ist und daß die Bergarbeiter die schwersten Opfer gebracht hätten. Einen Ausweg aus der Krise könne nur das von den Gewerkschaften und der S.P.D. gemeinsam aufgestellte Wirtschaftsprogramm bringen.

Im Anschluß hieran behandelte Kamerad Schmitt die Auswirkung der Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Die Rechtsauffassung der Gewerkschaften über die ihnen aus dem Tarifvertrag obliegende Friedenspflicht und die Rechtmäßigkeit der Verordnung bedeute sich mit derjenigen namhafter arbeitsrechtlicher Wissenschaftler und auch mit der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts. Daran könne auch die Verordnung über die Ausdehnung der Friedenspflicht nichts ändern. Im übrigen würden sich die Gewerkschaften gegen die Unterhöhlung der Tarifverträge und die Unterföhrung der Tariflöhne mit den ihnen geeignet erscheinenden Mitteln wehren.

In der Aussprache wurde besonders auf die rigorosen Steuermaßnahmen verwiesen, denen jetzt durch die Amtshauptmannschaft die Krone aufgesetzt werde mit der Anweisung an die Gemeinden, 600 Proz. Bürgersteuer zu erheben. Eine entsprechende Entschließung wurde von der Konferenz einstimmig angenommen.

Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit Agitationsfragen. Einmütig war sie der Auffassung, daß alles getan werden müsse, um die Schlagkraft der Gewerkschaften zu stärken und so die Möglichkeit zu schaffen, nach Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten der Arbeiterschaft zu neuem Aufstieg zu verhelfen.

Die Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus in wenigen Jahrzehnten ein staatliches Gebäude errichtet. Der Gedanke, den minderbemittelten Verbrauchern im Wege der Selbsthilfe wirtschaftliche Vorteile zu erringen, erwies sich als außerordentlich fruchtbar. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehören zur Zeit fast 1000 Konsumgenossenschaften mit etwa 2,8 Millionen Mitgliedern an. 10 Millionen Deutsche sind damit in die Konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft eingegliedert. Trotz der Krisennot erzielten die Verbraucher genossenschaften im Jahre 1931 noch einen Umsatz von 1047 Millionen Mark. Ein großer Teil der von den Konsumgenossenschaften abgegebenen Güter, vor allem Bäckerei- und Fleischerzeugnisse, wird in ihren eigenen Betrieben hergestellt. Die zentrale Bezugsquelle, die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine (G.D.K.), ist eine starke Stütze der deutschen Verbraucherbewegung. Mehr als ein Drittel des Umsatzes der G.D.K. entfällt auf Güter, die in ihren eigenen Betrieben erzeugt sind. Die Konsumgenossenschaftliche Güterverteilung wird von den privaten Betrieben immer unabhängiger. An die Stelle des kapitalistischen Gewinnstrebens tritt in den Konsumgenossenschaften der Grundsatz der gemeinnützigen Bedarfsdeckungswirtschaft. Die Verbraucher haben es in der Hand, durch eine rege Inanspruchnahme der Konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen zur weiteren Ausbreitung der Konsumgenossenschaftsbewegung beizutragen.

Was geschieht mit der Angestelltenpensionenkasse?

Die Angestelltenpensionenkasse der Reichsknappschaft hatte früher als die Arbeiterpensionenkasse mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Aus diesem Grunde mußten bereits 1928 von der Hauptversammlung der Angestelltenabteilung einige Einschränkungen bei der Gewährung von Leistungen beschlossen werden. Geht man der Ursache der schlechten Finanzlage beider Abteilungen nach, so ergibt sich, daß sie nicht vollständig gleicher Art sind. Seit Gründung der Reichsknappschaft ist die Zahl der Mitglieder der Arbeiterabteilung bis August 1932 von 727 767 auf 426 431 gesunken, gleich um 41 Prozent. Die Zahl der Mitglieder der Angestelltenpensionenkasse im gleichen Zeitraum von 48 091 auf 38 488 oder um 20 Prozent.

Die Anzahl der Invalidentenpensionen liegt bei der Arbeiterabteilung seit der Gründung der Reichsknappschaft bis August 1932 von 122 986 auf 298 138 oder 142 Prozent, bei der Angestelltenabteilung jedoch von 3705 auf 21 958 oder um 492 Prozent. Während demnach die Arbeiterabteilung die größte Minderung ihrer Einnahmen durch den Abbau von Belegschaftsmitgliedern zu verzeichnen hat, ist bei der Angestelltenabteilung der Fehlbetrag mehr durch den Zugang von Leistungsempfängern bedingt worden.

Die Notverordnung vom Juli 1932 hat in der Angestelltenpensionenkasse nur die gleichen Kürzungen wie in der Arbeiterpensionenkasse gebracht. Ihr Fehlbetrag konnte durch die Einsparungen, die durch die Kürzungen bedingt wurden, nicht abgedeckt werden. Das Reichsarbeitsministerium hat der Angestelltenpensionenkasse ihren Anteil von den 95 Millionen Mark nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß der übrige Fehlbetrag durch Maßnahmen der Selbstverwaltung beseitigt würde. Seit Juli d. J. beschäftigte sich der Angestelltenabteilungs-vorstand mit der Frage, wie dieser Forderung des Reichsarbeitsministers nachgekommen werden könnte.

Es wurden die verschiedensten Leistungsminderungen erwogen. Da inzwischen die Finanzlage immer schlechter wurde, beschloß eine Mehrheit des Angestelltenabteilungs-vorstandes eine vorläufige Kürzung von Leistungen. Danach sollten Leistungen in Höhe von

- 75,01 M. bis 100 M. um 5,00 M.,
- 100,01 M. bis 125 M. um 10,00 M.,
- 125,01 M. bis 150 M. um 15,00 M.,
- 150,01 M. bis 175 M. um 22,50 M.,
- 175,01 M. bis 200 M. um 30,00 M.,
- über 200 M. um 35,00 M.

gekürzt werden. Leistungen bis zu 75 M. blieben ungekürzt. Am 8. Oktober d. J. sollte ein endgültiger Beschluß über die Kürzungen gefaßt werden. Es ist jedoch zu einem solchen Beschluß nicht gekommen. Die Angestelltenabteilung, deren Vor-

stand aus den Vertretern verschiedener Organisationsrichtungen sich zusammensetzt, konnte zu keiner einheitlichen Stellungnahme kommen. Gegen die Stimmen der Arbeitgeber hat man jedoch beschlossen, die Kürzungen, wie sie in der vorletzten Sitzung beschlossen worden sind, aufzuheben und die eingehaltenen Beträge an die Berechtigten zur Auszahlung zu bringen. Leider wird dieser Beschluß sich kaum durchführen lassen können, weil die Angestelltenabteilung nicht mehr die notwendigen Gelder dazu hat. Die Arbeiterabteilung kann hier auch nicht aushelfen. Die Frage, was mit der Angestelltenabteilung weiter geschehen soll, hängt nunmehr vom Reichsarbeitsminister ab.

Wodurch habe ich das verdient?

Notiz eines russischen Bergarbeiters.

Es fällt uns wiederum ein Schreiben in die Hand, welches von einem russischen Bergarbeiter namens R u s s o w an die Redaktion der russischen Bergarbeiter-Zeitung „Ildarnik Uglita“ (Nr. 86 vom 8. August 1932) als Beschwerde geschickt wurde. Dieser Bergarbeiter hatte 30 Jahre in der Erde gearbeitet und bekam nun seinen Lohn für diese 30 Jahre treue Dienstzeit im russischen Kohlenbergbau, indem man ihm einfach die ganze Pension gestrichen hat. Nachfolgend der wörtlich überföhrte Brief des russischen Bergarbeiters:

„Dreißig Jahre — also von 1902 bis 1932 im Juli — habe ich unter der Erde gearbeitet. Im Jahre 1925 bekam ich einen Unfall. Durch diesen Unfall wurde ich an beiden Beinen verletzt und wurde Invalide und bekam von der Versicherungskasse (in Deutschland Knappschaft. Der Uebersetzer) eine Pension zugewilligt. Ich arbeite aber dann wieder weiter.

Bis 1931 ist alles gut gegangen. Aber 1931 habe ich meine Schachtanlage Izkultowa Nr. 8, welche zur Bubenowker Grubenverwaltung gehört (Donbass) verlassen und habe auf der Schachtanlage Balizto, welche zur Grischynsko-Zechenverwaltung gehört, als Bergarbeiter wieder angefangen.

Der Vorsitzende, der auf dieser Schachtanlage die Lohnabteilung verwaltete, hat mir kurzerhand die Pension abgezogen. Also auf der Schachtanlage Balizto wurde mir die Pension ganz gestrichen, trotzdem ich gesetzlichen Anspruch darauf hatte. Und ich hat, daß sie mich zur Verzeckungskommission schicken sollten, was natürlich von dem Lohnabteilungsleiter höhnisch abgelehnt wurde.

Diese Angelegenheit mit der Pension zieht sich bereits mehrere Monate dahin und es kommt keine Lösung. Es sind jetzt schon bereits zwei Monate her, wo ich auf der Schachtanlage nicht mehr arbeite und Pension bekomme ich auch nicht mehr.“

43. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 16. bis 22. Oktober 1932

